

Sagel enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse jetzt abstimmen über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10233**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die SPD und die Grünen. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Es enthält sich Herr Sagel. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Ich lasse abstimmen über **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10267**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10268**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10269**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die Grünen und die SPD. Wer stimmt dagegen? – FDP und CDU stimmen dagegen. Wer enthält sich? – Herr Sagel enthält sich wieder. Der Antrag ist **abgelehnt**.

Jetzt stimmen wir ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10234**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Es enthalten sich die Grünen und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Es folgt die Abstimmung über den **Änderungsantrag** der Fraktion der Grünen **Drucksache 14/10270**. Wer stimmt dem Antrag zu? – Grüne und SPD. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Es enthält sich Herr Sagel. Der Antrag ist damit **abgelehnt**.

Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10235**: Wer stimmt dem Antrag zu? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit Mehrheit **abgelehnt**.

Wir stimmen ab über den gemeinsamen **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Grünen **Drucksache 14/10236**. Es handelt sich um einen **Neudruck**, auf den ich gesondert hinweise. Wer stimmt zu? – SPD, Grüne und der fraktionslose Abgeordnete Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Einzelplan 03 entsprechend der **Beschlussempfehlung** in der **Drucksache 14/10203**. Wer stimmt dem Einzelplan 03 zu? – CDU und FDP. Wer stimmt

dagegen? – SPD, Grüne und Herr Sagel. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit der Mehrheit des Hauses **angenommen** und der **Einzelplan 03 verabschiedet**.

Wir kommen zum

Einzelplan 05 Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich rufe auf als Sprecherin für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Gäste! Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, Sie wollten in der Bildungspolitik vieles anders machen, haben aber in den vergangenen Jahren nichts besser gemacht. Vor allem haben Sie nichts von dem gemacht, was Sie vorher versprochen hatten.

Symptomatisch war der bildungspolitische Profilierungsversuch des Ministerpräsidenten kurz nach der Regierungsübernahme. Er wollte ein Problem lösen, das gar keines war. Herr Rüttgers wollte sich als Retter der Zwergschulen, also der kleinen Grundschulen, feiern lassen und musste peinlicherweise feststellen: All seine Vorwürfe an Rot-Grün waren völlig haltlos. Das verantwortliche Ministerium hatte ihn mit dem falschen Textbaustein auf die politische Bühne geschickt. Damals konnte auch niemand nur erahnen, dass diese Pleite oder Panne zum Markenzeichen schwarz-gelber Bildungspolitik werden würde.

(Beifall von der SPD)

Im Jahre 2009, in diesem Jahr, kann man mit Fug und Recht sagen: Ihre Bildungspolitik ist auf ganzer Linie gescheitert.

(Beifall von der SPD)

Ihr stures Festhalten am mehrgliedrigen Schulsystem ist der deutlichste Beweis, dass Sie im bildungspolitischen Gestern verhaftet sind. Ihr mit Sicherheit größter Fehler – das ist überall in Nordrhein-Westfalen mit den Händen zu greifen – war die dilettantische Umsetzung des Turbo-Abiturs. Das Modell „9 plus 3“ hat fast die komplette Schulzeitverkürzung in die Sekundarstufe I verlagert. Eine unzumutbare Unterrichtsverdichtung für die unteren Klassen, keine ordentlichen Lehrpläne, keine passenden Schulbücher und keine Mittel für einen guten Ganztags – die fatalen Folgen Ihrer Bildungspolitik spüren Kinder und Eltern täglich: Unterricht bis in den Nachmittag ohne warmes Mittagessen, Hausaufgaben bis in die Abendstunden, keine Zeit für Hobbys, Freunde und Familie. Die Folge ist ein enormer Ansturm bei den Anmeldungen zu den Gesamtschulen.

(Beifall von der SPD)

Diesen Murks haben Sie dann noch mit den Pannen beim Zentralabitur getoppt. Alle wissen seitdem, wie ein Oktaeder aussieht und dass Sie 1 Million € an Steuergeldern für eine Pannenversicherung fürs Abi versenkt haben.

Ganz peinlich wurde es dann aber vor zwei Wochen. In einem WDR-Interview machte die Schulministerin dieses Landes die Schuldigen für dieses Turbo-Debakel aus. Wen wundert es, die Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen sind die Schuldigen und die Verantwortlichen. Das „Westfalenblatt“ titelte am 20. November: „Das wird die Stimmung nicht heben.“ Dem ist nichts mehr hinzuzufügen.

Infolge dieser Pleiten-, Pech- und Pannenserie mussten mehrere Pressesprecher des Ministeriums als Bauernopfer ihren Hut nehmen, frei nach dem Motto: Der eine geht, der Nächste kommt, der eine geht, der Nächste kommt. Ganz aktuell ist dieser Posten seit gestern wieder vakant, weil die Staatskanzlei offenbar sehr nervös ist. Das ist auch sehr begründet. Die Menschen merken nämlich ganz genau, dass zwischen dem, was Sie ankündigen, und dem, was Sie tun, eine sehr große Lücke klafft.

Dabei machen viele Minister dieser Landesregierung munter mit. Minister Laschet sagte zum Beispiel am 10. Oktober 2009 im „Westfalenblatt“, die Hauptschullehrer müssten besser besoldet werden. Im aktuellen Haushaltsplan findet sich dazu allerdings nichts wieder. Haben Sie das einfach mal so dahergeplaudert? – Da nickt er auch noch! Was sollen die Menschen denn davon halten? Im selben Artikel meinten Sie dann auch, die Bundesländer seien in der Pflicht, ein durchlässiges Schulsystem zu organisieren. Waren Sie nicht dabei, als das Kabinett beschlossen hat, das Gymnasium mit dem Modell „9 plus 3“ von allen anderen Schulformen in Nordrhein-Westfalen abzukoppeln? Durchlässigkeit ade!

Ministerin Sommer verkündet pressewirksam, sie wolle 1.000 Schulpsychologen mehr für die Schulen in Nordrhein-Westfalen. Das klingt aber nur gut. Im Klartext heißt es nämlich: Die Schulen müssen dafür auf 1.000 Lehrerstellen verzichten. Die Ministerin verspricht etwas, was andere bezahlen sollen. Weiterer Unterrichtsausfall ist vorprogrammiert.

Die Realität der Besetzung der Lehrerstellen an den Schulen unseres Landes ist ständiger Streitpunkt hier im Landtag. Sie als Landesregierung geben uns aber selbst noch die Daten an die Hand, die deutlich machen, dass an 3.200 Schulen 5.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen, und versuchen hinterher vergeblich, Ihre eigenen Angaben zu widerlegen. Interessanterweise ist diese Zahl fast identisch mit der Lehrerlücke, die Sie selber schon mit Ihrer ersten Unterrichtsausfallstatistik deutlich gemacht haben. Sie haben Ihre Statistik mit Papier-

lehrern, mit virtuellen Lehrern bestückt. In Wahrheit haben Sie Ihr Wahlversprechen einer Unterrichtsgarantie gebrochen. Sie täuschen die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der SPD – Holger Ellerbrock [FDP]: Ach was!)

Die Eltern glauben Ihnen nicht mehr. Sie sind auch nicht damit zu beeindrucken, dass Sie in immer neuen, ständig veränderten Quantitäten schwelgen und in Superlativen reden, wie wir es mit Sicherheit nachher wieder hören werden. Die Eltern wollen schlicht und einfach bessere Lernbedingungen für ihre Kinder in den kleinen Klassen, die Sie 2005 versprochen haben. Wie ist die Situation heute? Jeder sechste Schüler, jede sechste Schülerin sitzt in einer Klasse mit 30 und mehr Mitschülerinnen und Mitschülern. Das sind in toto 450.000 Schüler und Schülerinnen in Nordrhein-Westfalen. Das ist die Realität, und das heißt, Sie haben ein nächstes Ihrer Wahlversprechen gebrochen.

(Beifall von der SPD)

Für diese guten Lernbedingungen gehen zurzeit Studentinnen und Studenten, Schüler und Schülerinnen auf die Straße, streiken und treten für ihr Recht auf beste Bildung ein. Das ist auch gut so. Dies zeigt aber mehr als deutlich, dass in diesem Land in der Bildungspolitik etwas faul ist.

Sie, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, werden mit Sicherheit nicht daran gemessen, welche schönen Zahlen Sie in die Haushalte schreiben, sondern daran, wie die Realität an unseren Schulen aussieht.

Auch beim Thema Ganzttag, bei dem Sie sich ja gerne feiern lassen, kann ich Ihnen nur sagen: Der Plan, den Sie aufgelegt haben, erscheint mir eher planlos. Sie haben das Ganztagsgrundschulprogramm von Rot-Grün übernommen und es weitergeführt.

(Lachen von der CDU)

Im weiteren Bereich haben Sie sich in einem ersten Schritt aber ausschließlich den Hauptschulen zugewendet und haben eine Qualitätsoffensive aufgelegt mit einem Ganztagsprogramm und einer Unterstützung in Millionenhöhe, müssen aber heute feststellen, dass diese Qualitätsoffensive offensichtlich krachend gescheitert ist. Die Eltern stimmen mit den Füßen ab.

(Beifall von der SPD)

Den Ganzttag beim Gymnasium haben Sie durch die Hintertür mit Ihrem Turboabi eingeführt. Aber Sie wollten ihn gar nicht unterstützend begleiten. Nein, da gab es auf einmal die Devise: samstags wieder Schule.

(Widerspruch von der CDU)

Die Eltern haben aber gesagt: Ganztags statt Samstag. Aus der Not geboren haben Sie ein Investitionsprogramm für 1.000 Schulen aufgelegt, das geradezu eine Farce für die Kommunen ist. Sie geben jeder Schule eine Unterstützung in Höhe von 100.000 € für den investiven Bereich, aber nur, wenn die Kommunen noch einmal 100.000 € drauflegen. Ich frage Sie: Wie soll es denn möglich sein, damit eine ordentliche Ganztagschule zu organisieren, wie es die Eltern in diesem Land einfordern?

(Beifall von der SPD)

Auch dieses Programm ist Ihnen gründlich misslungen. Sie arbeiten auch noch mit falschen Zahlen aus der Vorgängerzeit. Aber das lassen wir einmal beiseite; das behandeln wir vielleicht in der zweiten Runde, dann kann ich Ihnen das auch noch belegen.

Wir haben einen Antrag für den Grundschulbereich gestellt – darauf möchte ich hinweisen –, die Pauschale für den Ganztagsgrundschulplatz aufzustocken, weil die Tarife für Erzieher und Sozialpädagogen seit sechs Jahren deutlich angestiegen sind und die Kommunen das bezahlen müssen. Diesen Antrag haben Sie abgelehnt. Man darf gespannt sein, wie sich das in der heutigen Abstimmung widerspiegelt. Das heißt, Sie unterstützen die Kommunen gar nicht, sondern Sie riskieren, dass die Qualität im Ganztagsgrundschulbereich auf der Strecke bleibt, weil man das Programm nicht vernünftig finanziert und unterstützt.

Lassen Sie mich abschließend den Bereich der Weiterbildung ansprechen.

(Michael Solf [CDU]: Die Dame ohne Vergangenheit!)

– Sie haben auch eine Vergangenheit. Ich würde den Mund nicht so voll nehmen. Sie waren dabei, als im April 2005 die CDU-Fraktion einen Antrag eingebracht hat, die Mittel für Weiterbildung aufzustocken. Was haben Sie nach der Regierungsübernahme gemacht? – 13 Millionen € haben Sie gestrichen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich würde den Mund nicht so voll nehmen, Herr Solf. Sie sind mittlerweile mit einer fünfjährigen bildungspolitischen Vergangenheit als Regierungsfraktion anwesend.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Nicht nur bei diesem Thema!)

Sie sitzen nicht mehr in der Opposition, auch wenn Sie es vielleicht noch nicht gemerkt haben.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie waren wild entschlossen, die Bildungspolitik zu einem Ihrer Pluspunkte zu machen. Daran glaubt mittlerweile sogar in Ihren eigenen Reihen niemand mehr. Um Ihre eigene Haut zu retten, lassen Sie Tausende von Schülerinnen und Schülern falsche

Bildungswege gehen – unter Missachtung des Elternwillens.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Oooh!)

Sie haben mit Ihren nicht eingelösten Versprechen die Menschen in Nordrhein-Westfalen bitter enttäuscht. Man darf auf das nächste Jahr gespannt sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Recker.

Bernhard Recker (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Manchmal hat es einen Vorteil, wenn man schon länger dabei ist und die Vergangenheit ein bisschen verfolgen kann. Frau Schäfer, von einem solchen Haushalt konnten Sie nur träumen. Sie hätten Hunderte von Adventskerzen angesteckt, wenn Sie nur so ähnliche Zahlen hätten vorweisen können wie wir dieses Jahr.

(Frank Sichau [SPD]: Geisterzahlen!)

Es ist ja fast peinlich, wenn Sie über Qualität sprechen. Wissen Sie, für GÖS hatten Sie 0,1 Lehrerstellen, Sie hatten für 600 Grundschulen acht Lehrerstellen. Das war Ihre Qualität, Frau Schäfer. Und das haben wir auf den Kopf gestellt.

(Frank Sichau [SPD]: Ja, auf die Füße! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Plenartage zu den Haushaltsberatungen, mit denen alle zu tun haben, sind die Tage der Wahrheit und auch der Klarheit.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

– Ja, hören Sie gut zu. – Die jeweiligen Haushaltsberatungen sagen schwarz auf weiß, welchen Stellenwert die Politik den jeweiligen Ressorts zubilligt. Ich bin stolz darauf, für die CDU-Fraktion erklären zu können, dass dem Bildungsbereich wieder einmal, auch in Zeiten der größten Wirtschaftskrise, höchste Priorität zugebilligt wird, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn wir wissen, gute Bildung ist wohl die einzige Chance, Antworten auch auf soziale Verwerfungen zu geben. Wir haben nur den Rohstoff Wissen. Insofern müssen wir jedem jungen Menschen die bestmögliche Bildung gewähren,

(Ute Schäfer [SPD]: Tun Sie aber nicht!)

auch weil wir als Industrieland wirklich jeden Menschen benötigen. Insofern ist Bildungspolitik Wirtschafts-, aber auch Sozialpolitik. Meine Damen und Herren, dieser Haushalt ist eine ausgezeichnete Antwort auf diese Herausforderung.

Frau Schäfer, nun hören Sie einmal gut zu. Wenn Sie uns schon nicht glauben, so darf ich Ihnen einige Passagen aus Stellungnahmen von Lehrerverbänden, also von denjenigen Verbänden, die schon aus ihrem Selbstverständnis heraus gerade den Bildungshaushalt sehr kritisch unter die Lupe nehmen, vorlesen. Der Philologen-Verband führte zum Haushalt 2010 aus:

Der Etat für Schule und Weiterbildung nimmt mit 26,2 % einen ausgesprochen herausgehobenen Stellenwert ein. Vergleicht man den Etat aus dem Jahr 2005, so ist anzuerkennen, dass sich der Schul-Etat um ca. 2 Milliarden € erhöht hat (+ 16 %).

Frau Schäfer, das ist keine Aussage der CDU. Weiter heißt es:

Die Investitionen im Bereich der Lehrerausbildung, Lehrereinstellung und der Ganztagsangebote sind auch mit Blick auf Schulhaushalte anderer Länder vorbildlich und machen deutlich, dass das Land Nordrhein-Westfalen der Bildungspolitik eine große Aufmerksamkeit zukommen lässt.

Und weiter heißt es:

Die hohe Zahl von zusätzlich geschaffenen Lehrerstellen verbessert zweifellos die Unterrichtssituation in sämtlichen Schulen.

Insofern begrüßt der Philologen-Verband die bemerkenswerten Einstellungsquoten nicht nur mit Blick auf diesen Schulhaushalt, sondern mit Blick auf die zurückliegenden vier Jahre.

Meine Damen und Herren, das war der Philologen-Verband. – Ich darf auch den VBE zitieren:

Die vielen Neueinstellungen sowie die hohe Anzahl der neu geschaffenen Lehrerstellen sind natürlich vorbehaltlos zu begrüßen. Ebenso positiv wirkt sich jede Verbesserung der Schüler-Lehrerstellen-Relation aus.

Meine Damen und Herren, interessant ist die Stellungnahme des VBE zu Ihrer Hinterlassenschaft, Frau Schäfer:

Das Streichen bzw. KW-Stellen von 16.000 Lehrerstellen der Vorgängerregierung hat guten Schulabsolventen das Signal gegeben, nach Möglichkeit keinen Lehramtsstudiengang einzuschlagen. Als Folge davon können nach wie vor viele Stellen, im Hauptschulbereich fast alle, nur mit Seiteneinsteigern besetzt werden.

Für Vertretungsstellen stehen zurzeit durchgängig in allen Schulformen keine ausgebildeten Lehrkräfte zur Verfügung. Die Folge ist, dass die Qualität der pädagogischen Arbeit leidet und der notwendige Schub für die Qualitätsentwicklung nicht richtig in Gang gesetzt werden kann.

Meine Damen und Herren, diese Aussagen stammen nicht von der CDU, sondern von denen, die seit Jahren darum kämpfen, dass sie vernünftige Voraussetzungen in den Schulen haben.

(Beifall von CDU, FDP und Ministerin Barbara Sommer)

Letztlich heißt es auch:

Die gestiegenen Ausgaben für den Ganztag und für die Einrichtung neuer Lehrerstellen sind sehr positive Signale und der richtige Weg.

Meine Damen und Herren, das sind, wie gesagt, keine Aussagen der CDU, sondern der Lehrerverbände. Von solchen Aussagen, Frau Schäfer, hätten Sie seinerzeit geträumt.

(Beifall von Klaus Kaiser [CDU])

Meine Damen und Herren, es ist mehr als ein klares, positives Zeichen von diesem Haushalt, wenn das gerade aus diesen Bereichen kommt.

Lassen Sie mich noch einen Moment beim Thema Ganztag bleiben. Meine Damen und Herren, das können Sie nachlesen: Mit diesem Haushalt werden wir rund 325.000 Ganztagsplätze schaffen. Im Vergleich zu den von Ihnen aufgebauten 71.000 Plätzen haben wir damit die Anzahl um mehr als 254.000 gesteigert. Mit diesen Zahlen ist es möglich, dass fast 30 % der Schülerinnen und Schüler in Nordrhein-Westfalen eine Ganztagschule besuchen können.

Seit 2005, Frau Schäfer, haben wir die Versorgungsquote an Ganztagschulen im Grundschulbereich von 20 % auf 80 % gesteigert. In den Hauptschulen haben wir sie mehr als verdoppelt, in den Realschulen verdreifacht, und bei den Gymnasien haben wir sie von 27 auf 135 erhöht, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, wenn Sie ein Stück Objektivität hätten, müssten wir gemeinsam sagen: Das ist eine Riesenanstrengung; das ist ein Erfolg für die Kinder in Nordrhein-Westfalen. Aber diese Größe und Objektivität besitzen Sie leider nicht, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall von der CDU – Sören Link [SPD]: Sagen Sie doch, dass Sie das nicht allein finanziert haben! Dann erkennen wir das gern an!)

Interessant ist, Frau Schäfer, wie Sie über die Klassen mit mehr als 30 Schülern sprechen. Hierzu möchte ich nur einige Anmerkungen machen. Die Wahrheit ist, dass uns Folgendes gelungen ist: In der Grundschule haben wir die Anzahl großer Klassen halbiert. In der Hauptschule ist nur noch etwa 1 % der Schüler in großen Klassen.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Weil sich dort niemand mehr anmeldet!)

Ebenfalls haben wir die Zahlen in den anderen Bereichen wesentlich reduzieren können. Aber wir

wissen auch, dass hier noch Arbeit auf uns wartet. Auch die Berufskollegs wollen wir dabei nicht vergessen. Aber ich sage Ihnen: Auch Rom ist nicht an einem Tag erbaut worden.

(Ursula Meurer [SPD]: Aber an einem Tag zerstört!)

Meine Damen und Herren, wir können nicht innerhalb weniger Jahre die Hinterlassenschaft von 39 Jahren Missmanagement auf einmal aus dem Weg räumen.

(Sören Link [SPD]: Komisch, dass die Leute dann 39 Jahre lang uns gewählt haben und nicht Sie! – Zuruf von der SPD: Immer der gleiche Leierkasten!)

Dazu gehört übrigens auch dies: Sie sprechen immer wieder das Problem der Lehrgewinnung an, Herr Kollege. Ich erinnere daran, dass bei Ihnen die Abschaffung des Beamtenstatus zum 31.12.2007 vorgesehen war. Meine Damen und Herren, damit haben Sie der Lehrgewinnung in Nordrhein-Westfalen seinerzeit einen Bärendienst erwiesen.

Wenn Sie sich heute hinstellen und dieser Landesregierung vorwerfen, sie täte nicht genug für die Gewinnung von Nachwuchslehrkräften, und darüber lamentieren, dass wir den Mangelfächerlass aufgehoben hätten, kann ich nur sagen: Wenn wir so weitergemacht hätten wie bei Ihnen und wenn wir Ihrem Kurs weiter gefolgt wären, hätten wir bald überall Mangelfächer in Nordrhein-Westfalen gehabt.

(Beifall von CDU und FDP – Frank Sichau [SPD]: Was hat das mit dem Mangelfächerlass zu tun?)

Lassen Sie mich noch einige weitere Punkte aus dem Schulhaushalt kurz erwähnen. Nehmen wir zunächst die Reisekosten. Was gab es für riesige Proteste – mit Recht auch, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Ansatz im Verhältnis zu den letzten Jahren verdreifacht. Oder nehmen wir die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht. Sie werden um 4 Millionen € erhöht.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Meine Damen und Herren, nehmen wir den Unterrichtsausfall; auch diese Zahlen sind bekannt. Wir hatten seinerzeit 4,4 %. Nun sind es 2 %, meine Damen und Herren. Wir haben diesen Wert mehr als halbiert. Wir stehen übrigens zu unseren Privatschulen und führen keine Diskussion, wie Sie sie damals geführt haben und wodurch Sie sie fast gefährdet hätten, meine Damen und Herren. Ich sage aber auch hier: Es bleibt noch einiges zu tun.

Wir haben unseren Schulen seit 2005 einiges zugemutet. Aber ich sage genauso: Es war notwendig, weil wir nach 39 Jahren roter oder rot-grüner Politik wirklich in einer Sackgasse angekommen waren. Das haben alle Ergebnisse gezeigt. Jetzt

aber wird es Zeit, diese Reformen wirken zu lassen.

Ich möchte seitens der CDU allen Lehrerinnen und Lehrer ausdrücklich für ihr Engagement Dank sagen und dafür werben, mit uns gemeinsam die nun angeschobenen und notwendigen Neuerungen an den Schulen mit Leben zu füllen. Der Haushalt 2010 ist wie seine vier Vorgänger eine beeindruckende Grundlage, um Nordrhein-Westfalen im Bildungsbereich wieder nach vorn und möglichst bald an die Spitze zu bringen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Recker. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! 2005: 11,88 Milliarden € für Schule und Weiterbildung. 2010: 13,95 Milliarden € für Schule und Weiterbildung. Das heißt, allein für Schule und Weiterbildung geben FDP und CDU seit Regierungsübernahme gut 2 Milliarden € mehr aus.

Der Anteil am Landeshaushalt 2010 beträgt allein für den Bereich Schule 26,2 %. Rechnet man den Bereich Hochschule dazu, gibt Nordrhein-Westfalen 37,1 % des gesamten Landeshaushalts für die Bildung aus. Damit sind wir absoluter Spitzenreiter in ganz Deutschland. Die frühkindliche Bildung ist dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Mit dem Haushalt 2010 haben wir die magische Grenze von 8.000 überschritten. In genauen Zahlen werden wir im nächsten Jahr 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen haben. Hinzu kommen weitere 9.200 Lehrerstellen, die wir trotz rückläufiger Schülerzahlen nicht abbauen, sondern im System Schule belassen. Das zusammen macht eine Differenz von 17.324 Lehrerstellen auf der Habenseite der FDP- und CDU-Regierung aus.

(Beifall von der FDP)

17.324 Lehrerstellen mehr im System als 2005 – bei jetzt schon 122.000 Schülerinnen und Schülern weniger.

(Carina Gödecke [SPD]: Das ist unlauter gerechnet!)

Meine Damen und Herren, Bildungspolitik ist die allerbeste Sozialpolitik. Hohe Investitionen in die Bildung sind kein verschenktes Geld, sondern kommen der gesamten Gesellschaft zugute.

(Beifall von der FDP)

Dies haben wir zum Leitmotiv unserer Politik gemacht. Der vorliegende Landeshaushalt 2010 macht dies deutlich wie kaum ein anderer zuvor.

Er schrumpft nämlich insgesamt um 2,2 Milliarden € auf 53,12 Milliarden €. Den Schulhaushalt haben wir trotzdem erneut erhöht, und zwar um rund 580 Millionen €. Das zeigt noch einmal sehr deutlich, wie wichtig uns dieser Bereich ist.

(Beifall von der FDP)

Wir sollten dabei nicht vergessen, welches Erbe wir 2005 übernommen haben. SPD und Grüne wollten bis zum Jahr 2013 den Schulen 16.000 Lehrerstellen streichen.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Mehr als jede zehnte Stelle wäre Ihrer Streichwut zum Opfer gefallen.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das haben Sie auch noch als Erfolg verkauft. Ihr Finanzminister wollte noch mehr. Er wollte 28.000 Lehrerstellen wegradieren.

Aber nicht nur das. Sie haben uns und vor allen Dingen den Kindern und Jugendlichen mit Ihrem Lehrereinstellungs-Sparinstrument der Vorgriffsstunden eine schwere Hypothek hinterlassen. Vorgriffsstunden sind Ihr Synonym für Mehrarbeit. Sie haben die Lehrer einfach eine Stunde länger arbeiten lassen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Allein im Schuljahr 2010/2011 muss diese schwarzgelbe Landesregierung 2.581 Stellen bereitstellen, um Ihre schwere Hypothek abzarbeiten. In den nächsten Jahren werden wir insgesamt 16.000 Lehrerstellen für dieses fatale Erbe rot-grüner Bildungspolitik aufbringen müssen, um Ihre Vorgriffsstunden zu tilgen. Damit verzögern Sie von SPD und Grünen selbst, wonach Sie am lautesten schreien, nämlich eine schnelle Verkleinerung unserer Klassen. Wie Sie das wohl mit Ihrer Politik hätten machen wollen? Aber eine deutliche Verkleinerung der Klassen ist erklärtes Ziel dieser Koalition, an dem wir festhalten werden.

(Beifall von der FDP)

Der Anfang ist gemacht. Wir haben inzwischen rund 800 deutlich kleinere Klassen als unter Rot-Grün.

Seien Sie bei den Ergebnissen und Beschlüssen Ihrer rot-grünen Politik froh, dass Sie uns als Opposition heute nicht erklären müssen, was Sie in diesen wirtschaftlich beispiellos schwierigen Zeiten tun würden. Jedenfalls würden Sie keine zusätzlichen Lehrer einstellen. Das haben wir aus Ihren Beschlüssen des Jahres 2004 gelernt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie standen damals in der Regierungsverantwortung. Sie sollten sich ganz besonders schämen, wenn Sie heute mit Lügenkampagnen durch das Land ziehen und überhaupt, 5.000 Lehrerstellen seien nicht besetzt.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Wahrheit! – Zuruf von den GRÜNEN: Aber das sind doch die Zahlen von Frau Sommer!)

Das ist an Dreistigkeit nicht zu überbieten.

(Beifall von der FDP)

Selbst Frau Schäfer musste im Schulausschuss einräumen, dass bis zum Jahr 2009 tatsächlich bereits 6.915 zusätzliche Lehrerstellen von FDP und CDU geschaffen wurden. Frau Schäfer hat es eingeräumt.

Meine Damen und Herren, es gibt in der Tat auf verschiedenen Unterrichtsgebieten einen Fachlehrermangel. Das ist kein Geheimnis. Aber woher kommt er denn? Zwischen 1982 und 1999 haben Sie doch so gut wie keine neuen Lehrer eingestellt. Sie haben das Einstellungsstoppschild ausgehängt. Und da wundert es Sie, dass sich junge Abiturienten sozusagen marktgerecht verhalten haben und vom Lehramtsstudium nichts wissen wollten?

Jeder Lehrer und jede Lehrerin, die heute in einer Schule arbeiten, muss spätestens 2002/2003 das Lehramtsstudium aufgenommen haben. Soll ich Sie daran erinnern, wer damals im Land die Verantwortung hatte? Sie, meine Damen und Herren von der Opposition!

Sie waren es auch, die ein munteres Streichkonzert bei den Ausbildungsplätzen in Studienseminaren vorgenommen haben. Auch diesem unverantwortlichen Handeln haben wir ein Ende gesetzt. Abgesehen davon, dass wir Lehrerinnen und Lehrer unsere Wertschätzung spüren lassen und ihnen hervorragende Einstellungsaussichten nach Abschluss ihres Studiums bieten, haben wir von FDP und CDU auch über 3.000 zusätzliche Plätze an den Studienseminaren geschaffen. Wir wollen die Auswirkungen Ihres Politikversagens so schnell wie möglich beheben.

(Beifall von der FDP)

Aber neue Lehrer müssen erst einmal ausgebildet werden. Wir können sie uns nicht aus den Rippen schneiden. Der Markt ist derzeit leergefegt. Wir haben im Prinzip alle eingestellt, die zur Verfügung standen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ziehen Sie bitte nicht durchs Land und beklagen das, was Sie selbst zu verantworten haben! Das ist unseriöse Politik. Damit veräppeln Sie die Menschen. Ihr Verhalten ist deshalb in besonderer Weise verwerflich, weil Sie genau wissen, dass selbst interessierte Eltern und Großeltern nicht auf einen Schlag nachvollziehen und überprüfen können, dass der heutige Fachlehrermangel Ergebnis alter rot-grüner Ausbildungs- und Einstellungspolitik ist. In diesem Punkt habe ich in meiner politischen Laufbahn selten so viel Unverfrorenheit und Verzerrungen erlebt wie diesbezüglich bei Ihnen.

(Beifall von der FDP)

Die Dreistigkeit setzt sich fort. FDP und CDU schaffen mit dem Haushalt 2010 weitere rund 1.200 Lehrerstellen. Und siehe da: Ein bodenlos dreister oder unwissender Regierungspräsident mit SPD-Parteibuch und einer eigenen Landtagskandidatur im Auge will sich gerade einmal die Hälfte davon, nämlich 600, an Land ziehen, obwohl diese in seinem Regierungsbezirk überhaupt nicht nötig sind oder zur Verfügung stehen. – Das ist unglaublich. Das ist eine gezielte Verunsicherung von Eltern und Schulen.

Das bedeutet letztendlich, dass dieser Regierungspräsident mit SPD-Parteibuch weder fähig ist, sein Amt verantwortungsvoll auszuüben, noch loyal ist gegenüber seinem zuständigen Ministerium. Das gilt auch, wenn er inzwischen Verantwortung für dieses höchst fragwürdige Vorgehen übernommen hat. Abgesehen von diesem gravierenden Fehler ist es wohl ein enormer Interessenkonflikt, einerseits für die SPD für den Landtag zu kandidieren und andererseits als Regierungspräsident gegenüber der Ministerin loyal zu sein. Wie will er den Konflikt denn wohl auflösen?

Zurück zum Landeshaushalt 2010! Ein großer Erfolg ist der weitere Ausbau der Ganztagsangebote in Nordrhein-Westfalen. Seit dem Ende der Regierungsverantwortung von Rot-Grün konnte das Ganztagsangebot an Grundschulen von 20 auf 80 % gesteigert, also vervierfacht werden. An Hauptschulen ist eine Steigerung von 20 auf 50 % gelungen. Dies ist sogar mit einem 30-prozentigen Stellenzuschlag einhergegangen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Mit der Ganztagsoffensive für weiterführende Schulen ermöglichen FDP und CDU erstmalig den Ausbau von 216 Gymnasien und Realschulen zu gebundenen Ganztagschulen.

Wir haben darüber hinaus mit den Mitteln für die Übermittagbetreuung und mit dem 1000-Schulen-Programm erstmals flächendeckend Investitionsangebote zum Aufbau von Mensen aus originären Landesmitteln gemacht. Dabei wurden natürlich auch pädagogische Angebote zur Übermittagbetreuung geschaffen.

Selbstverständlich denken wir auch an die Lehrerinnen und Lehrer, die an den Schulen in Nordrhein-Westfalen eine herausragende Arbeit leisten. Das oftmals schwierige soziale Umfeld und die vielfältigen, aber notwendigen Reformen verlangen unseren Pädagogen viel ab. Deshalb haben wir in den letzten Jahren die Mittel für den betriebsärztlichen Dienst erhöht und zusätzliche Beförderungsstellen geschaffen. Außerdem erhöhen wir mit diesem Haushalt nochmals die Mittel für Schulwanderungen und Schulfahrten um weitere 2 Millionen €. Wir wollen damit verdeutlichen, dass wir uns der Leistun-

gen der Lehrerinnen und Lehrer sehr bewusst sind und ihr Engagement hoch schätzen.

Meine Damen und Herren, mit dem neuen Schulgesetz haben wir in der nordrhein-westfälischen Schulpolitik einen Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir haben den Unterrichtsausfall mehr als halbiert, wir haben die Qualität des Unterrichts gestärkt, wir haben die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen erhöht,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist doch wohl ein Witz! Wo denn?)

wir haben die personellen Ressourcen der Schulen kontinuierlich verbessert, wir bauen die Ganztagsangebote massiv aus, wir erhöhen konsequent die Mittel für die Lehrerfortbildung,

(Horst Becker [GRÜNE]: Sagen Sie einmal: In welcher Sekte leben Sie eigentlich?)

und wir haben das zukunftsweisendste Lehrerausbildungsgesetz in ganz Deutschland auf den Weg gebracht. Wir haben in den letzten Jahren alle Grundsteine gelegt, um Nordrhein-Westfalens Schulen endlich wieder auf die Erfolgsspur zu führen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Sören Link [SPD]: Da klatscht nur noch Herr Witzel!)

Schon in diesem Schuljahr haben wir 4,5 % Schülerinnen und Schüler weniger als 2005, dafür aber real 4,6 % mehr Lehrerstellen als 2005. Im Schuljahr 2010 haben wir sogar 5,4 % mehr Lehrerstellen bei dann schon 6,1 % weniger Schülerinnen und Schülern als 2005. Da rechnen Sie sich einmal die Relationen aus! Sie hätten es umgekehrt gemacht. Weniger Schüler hätten bei Ihnen auch weniger Lehrer bedeutet.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Schauen Sie sich nur einmal Ihre Beschlüsse aus dem Dezember 2004 an. Ihre rot-grüne Bildungspolitik bedeutete Abbau und Erosion. Unsere Bildungspolitik bedeutet Aufbau und Qualitätsverbesserungen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Wenn Sie so weitermachen, sind Sie bald wieder dort, wo Sie sich hinsehen – in der Opposition!)

– Weil Sie das nicht hören wollen, rufen Sie jetzt dazwischen. Dennoch bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Vor allen Dingen bedanke ich mich für die engagierte Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Kollegin Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer in dieser Art und Weise von Durchlässigkeit im Schulsystem Nordrhein-Westfalens redet, der denkt auch noch, dass die Erde eine Scheibe ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die FDP wird bei dieser Wahrnehmung der Realität in den Schulen sicherlich an der Kante herunterfallen. Bildung ist dieser Regierung angeblich unglaublich viel wert – das haben wir schon mehrfach gehört –; noch nie sei so viel Geld in die Bildung unserer Kinder investiert worden.

Schaut man sich das aber einmal genau an, dann ergibt sich ein anderes, viel nüchterneres Bild. Sicherlich sind die Personalausgaben um mehr als 489 Millionen € gestiegen. Aber den Löwenanteil machen die gestiegenen Pensionskosten aus. Eigentlich müsste die Botschaft daher korrekt heißen: Noch nie ist so viel Geld in Pensionen geflossen. Natürlich haben alle, die in den Ruhestand gegangen sind, sich dieses redlich verdient. Aber verkaufen Sie diese Steigerungen bitte nicht als Aktivposten in den derzeitigen Bildungsbiografien der Kinder oder als Investition in die Zukunft!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Natürlich wurden mit diesem Haushalt tatsächlich neue Stellen geschaffen, zum Beispiel 647 Stellen für den Ganztagsbereich und 25 Stellen für Schulpsychologinnen. Insgesamt sind es genau 927 Stellen. Aber diese Stellen ändern überhaupt nichts an den Grundbedingungen einer Schulklasse, Frau Ministerin. Da tut sich dadurch gar nichts. Das sind nämlich hauptsächlich Stellen für den Ganztag.

Die Schüler-Lehrer-Relation verbessern Sie auch, aber vor allen Dingen – und das ist ein bildungspolitischer Skandal – einseitig in der Sekundarstufe II an Gymnasien, nicht an den Gesamtschulen.

(Beifall von den GRÜNEN)

So sieht es in diesem Land unter Schwarz-Gelb mit der Bildungsgerechtigkeit aus!

Aufschluss darüber, wo der Schlüssel zu mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Chancengleichheit und mehr dringend benötigtem volkswirtschaftlichem Nutzen ist, gibt die Studie von Prof. Wößmann im Auftrag der Bertelsmann Stiftung mit dem Titel: „Was unzureichende Bildung kostet“. Professor Wößmann rechnet in seinem Szenario akribisch vor, welche Folgekosten durch entgangenes Wirtschaftswachstum anfallen, wenn wir die Bildungskrise nicht in den Griff bekommen. NRW ist für ihn einer der Problemfälle. Seinen konservativen Berechnungen zufolge würde dem Land allein bis 2050 ein zusätzlich erzeugtes Bruttoinlandsprodukt in Höhe von fast 148 Milliarden € entgehen. NRW ist eines der Bundesländer, die von einer tiefgreifenden Reform am meisten profitieren würden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dazu müssen die folgenden Bereiche in Angriff genommen werden. Es geht darum, die Bildungsbenachteiligung abzubauen und sich auf eine hochwertige, breite Grundbildung zu konzentrieren, ohne Spitzenleistungen zu vernachlässigen.

Erstens: qualitativ hochwertige frühkindliche, altersgemäße vorschulische Bildung.

Zweitens: Unterricht in heterogenen Lerngruppen. – Prof. Wößmann betont das ausdrücklich. Es muss in Nordrhein-Westfalen ein längeres gemeinsames Lernen und eine konsequente Individualisierung geben.

Drittens: konsequente Selbstständigkeit und begleitende Evaluation der Schulen.

Viertens: intensive Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

(Beifall von den GRÜNEN)

In all diesen Handlungsfeldern haben Sie nur Stückwerk vorgelegt, und Sie verweigern in einer ideologischen Blockadehaltung den konsequenten Umbau des Bildungssystems, das auf Sortieren, soziale Auslese und Abgrenzung setzt, hin zu einem Bildungssystem, in dem nicht mehr danach gefragt wird, ob das Kind zu einer Schulform passt. Diesen Paradigmenwechsel müssen wir endlich hinbekommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn das mit Ihnen nicht möglich ist, muss es die neue Landesregierung, die andere Verantwortliche haben wird, endlich auf den Weg bringen.

(Ralf Witzel [FDP]: Wovon träumen Sie nachts?)

– Ja, Herr Witzel, Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Gerade erleben wir auf der Bundesebene, dass Union und FDP die Länder durch diese verunglückten Steuerentlastungen ausrauben,

(Ralf Witzel [FDP]: Die Menschen werden entlastet!)

die den Ländern die Mittel deutlich spürbar entziehen, dass nicht in Bildung im notwendigen Umfang investiert werden kann. Ihre Zeit ist abgelaufen; da können Sie noch so laut schreien.

(Ralf Witzel [FDP]: Bald erleben Sie eine kognitive Dissonanz! – Horst Becker [GRÜNE]: Ideologischer Schreihals!)

Das halten wir noch ein halbes Jahr aus, und dann hat sich das Ganze erledigt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie müssen endlich Abschied nehmen von Ihren kruden Begabungsvorstellungen und zur Kenntnis nehmen, dass sich Kinder in ihrer Vielfalt nicht beim Lernen behindern, sondern dass alle Kinder in der gemeinsamen Schule vom individualisierten Unterricht profitieren und ihre Potenziale vollständig entfalten können.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf die Studie von Prof. Klemm zur Situation der Förderschulen hinweisen. Kinder, die einen besonderen Förderbedarf beim Lernen haben, können viel effektiver im gemeinsamen Unterricht miteinander lernen; sie haben dort die besseren Lern- und Entwicklungsfortschritte. Auch Kinder ohne Förderbedarf profitieren vom gemeinsamen Unterricht,

(Beifall von den GRÜNEN)

indem sie höhere soziale Kompetenzen entwickeln, ohne dass sich ihre fachbezogenen Leistungen von anderen Klassen unterscheiden. Wir müssen endlich Schluss machen mit dem deutschen Sonderweg. Das fordert schließlich auch die UN-Menschenrechtskonvention.

Die Bertelsmann Stiftung führt in ihrem Positionspapier zur Inklusion im Schulsystem deswegen folgerichtig aus:

Eine inklusive Schule ist eine Schule, die allen Kindern zugänglich ist und jedes Kind – unabhängig von seiner sozialen Herkunft, seiner möglichen Behinderung oder seines Migrationshintergrundes – in heterogenen Lerngruppen optimal individuell fördert. Die Bertelsmann Stiftung, die sich für Integration und Teilhabe in Deutschland stark macht, befürwortet die Entwicklung inklusiver Schulen aus drei Gründen:

- a. Inklusive Schulen ermöglichen bessere Teilhabechancen für Kinder mit Förderbedarf ...
- b. Der gemeinsame Unterricht wirkt sich auch für Kinder ohne Förderbedarf positiv aus ...
- c. Schließlich verbessert die inklusive Schule auch die Teilhabechancen von Kindern aus sozial schwachen und Zuwandererfamilien,

(Ralf Witzel [FDP]: Ist ja wie im Märchen: 1001 Nacht!)

deren Anteil in Förderschulen zurzeit überproportional ist.

All das wird von der Landesregierung negiert. Sie verwenden die knappen Ressourcen dazu, um die massiven Risse im überholten gegliederten Schulsystem zu übertünchen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie Eltern in NRW das sehen, zeigt sich in den konkreten Elternbefragungen, die auf kommunaler Ebene stattfinden. Diese Woche kamen die Kölner Ergebnisse auf den Tisch. Die dürften Ihnen, Frau Ministerin, auch nicht verborgen geblieben sein.

66 % der Eltern sind der Meinung, dass man in den Schulen eher bessere Chancen für alle Kinder erreicht, wenn die Kinder länger gemeinsam lernen.

Die Befragungsergebnisse zeigen, dass eine deutliche Zweidrittelmehrheit der Eltern eine Weiterentwicklung der bestehenden Schulstruktur

(Ralf Witzel [FDP]: Das sehen wir gerade in Hamburg!)

in Richtung eines längeren gemeinsamen Lernens befürwortet und dem gegliederten Schulsystem kritisch gegenübersteht. 72 % der Eltern können sich für ihr Kind einen gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderungen gut oder sehr gut vorstellen.

Mit einer Dreiviertelmehrheit stehen die Eltern dem gemeinsamen Unterricht also positiv gegenüber. Natürlich müssen die Förderbedingungen stimmen. Deshalb haben wir konsequenterweise für diesen Haushalt die Bereitstellung von 1.250 Sonderpädagoginnen für den gemeinsamen Unterricht beantragt, damit der notwendige Inklusionsplan greifen kann und das gemeinsame Lernen mit Ressourcen unterfüttert wird.

Eltern müssen das Recht ihrer Kinder auf gemeinsamen Unterricht durchsetzen können und den Förderort ohne Restriktion in diesem Land wählen. Da brauchen wir auch kein Rumschwimeln der Ministerin, der jedes Zugeständnis zum Elternwillen aus der Nase gezogen werden muss, sondern wir brauchen entschlossenes Handeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Neben unserer jährlichen Forderung, 10 % der Lehrkräfte an Förderschulen zum gemeinsamen Unterricht zu transferieren, haben wir einen Plan der Landesregierung, der deutlich anders aussieht. Sie schaffen in diesem Haushalt 25 Stellen für integrative Gruppen. Bei diesem Tempo, Frau Ministerin, brauchen Sie 500 Jahre für die Umsetzung der UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen.

(Horst Becker [GRÜNE]: 500 Sommer!)

Das kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ihre Politik ist als halbherzig entlarvt. Ihre Kehrtwende ist nur ein Lippenbekenntnis. Noch enttäuschender ist es, dass es bei CDU und FDP nicht zu einem konsequenten Umsteuern reicht.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hält an ihrer ideologischen Politik für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems fest. Dadurch werden die weiterhin knappen Ressourcen fehlgesteuert. Die kleinen Hauptschulen werden künstlich am Leben gehalten,

(Ralf Witzel [FDP]: Sagen Sie doch mal etwas zu den Oberstufen an den Gesamtschulen!)

obwohl sie für Schülerinnen und Lehrkräfte keinen Bildungsmehrwert bringen können. Das kostet das Land ca. 1.000 Stellen zusätzlich, die sinnvoller und gemeinsam mit allen anderen Stellen in eine Schule des gemeinsamen Lernens einfließen könnten – mit leistungsfördernden Milieus für alle Schülerinnen und Schüler.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist dann auch für die Kommunen besser, die dadurch ihre Schulstandorte sichern können. Aber Stellenbesetzung – das haben wir vorhin gehört – ist, glaube ich, ein Wort, das Sie, Frau Ministerin, im Augenblick selbst nicht gerne hören. Es erinnert doch wahrhaftig an die peinliche Notbremse, die Sie vor einigen Tagen ziehen mussten, als die in Masse laufenden Stellenausschreibungen gestoppt wurden. Ob das richtig ist, was die Kollegin Pieper-von Heiden eben unterstellt hat, dass der Regierungspräsident seine Amtsführung für parteipolitische Unternehmungen missbraucht habe, das werden wir Sie offiziell noch einmal fragen. Das ist eine ungeheuerliche Anschuldigung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dass es aber Rechenprobleme zwischen den Bezirksregierungen und dem Ministerium gibt, ist deutlich. Doch warum bekommt eigentlich nur Herr Büsow einen Berater, warum nicht Frau Thomann-Stahl? Sie hat nämlich die Stellen in Grund- und Hauptschulen auch auf Null gesetzt. Wie sieht es denn da mit Amtsmissbrauch aus? Wollen wir darüber auch einmal reden, Frau Pieper-von Heiden? So intensiv haben Sie die Statistiken offensichtlich nicht gelesen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Jetzt wird das Chaos perfekt, wenn man sich den dilettantischen Versuch der vorzeitigen Stellenbesetzungen anschaut. Da werden doch tatsächlich den Absolventen, die noch nicht einmal das zweite Staatsexamen haben – es geht um die Unterrichtsbefähigung, den guten Unterricht –, vorher Einstellungszusagen gegeben. Das zweite Staatsexamen wird dadurch unterlaufen. Ich halte das für eine bedenkliche Entwicklung. Es muss uns auch um die Qualität von Unterricht gehen. Wir dürfen uns nicht nur auf einer quantitativen Ebene mit der Frage von Unterrichtsausfall beschäftigen, sondern es geht darum, was wirklich im Unterricht passiert. Manchmal wäre es besser – ich sage das sehr provozierend –, dass eine Stunde nicht gegeben wird, als dass Lernfreude von Menschen vereitelt wird, die für Unterricht nicht geeignet sind.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist ja interessant! Das ist ja ein bemerkenswertes Ergebnis!)

Wir haben außerdem noch zu konstatieren, dass Sie massiv gegen die Gesamtschulen im Land vorgehen. Wir kennen Ihre Tricks, mit denen Sie ver-

suchen, den Gesamtschulen das Leben schwer zu machen, Stichwort: Ganzttag.

(Ralf Witzel [FDP]: Reden Sie mal über Qualität!)

Schülerinnen und Schüler der neu errichteten Gesamtschulen in Bonn, Hemer und Bad Salzuflen sollen auf gebundenen Ganzttag verzichten. Es ist quasi eine Strafexpedition für die angeblich frühere Bevorzugung von Gesamtschulen.

(Bernhard Recker [CDU]: Und wie war es an den anderen Schulen früher?)

Aber Sie haben offensichtlich auch im Kabinett nicht eindrücklich genug dargelegt, wie Sie das begründen. Der Ministerpräsident ist zurzeit auf seiner Landesvatertour. Dabei ist er auch im schönen Städtchen Lohmar gewesen. Auf die Einlassung eines Teilnehmers, warum manchen Schulen verboten wird, den Ganzttag einzuführen, antwortete der Ministerpräsident, das sei nicht in Ordnung, man möge ihm doch bitte schreiben, wo das passiere, er würde sich dann persönlich darum kümmern. Frau Ministerin, würden Sie ihm mal erklären, dass Sie den Gesamtschulen den Ganzttag bei Neugründungen verwehren, auch wenn die Eltern es ausdrücklich wollen?

(Bernhard Recker [CDU]: Wie war das denn mit den anderen Schulen früher?)

Würden Sie dem Ministerpräsidenten auch erklären, dass die Eltern dafür bestraft werden, dass sie ihre Kinder nicht an einer Hauptschule, sondern an einer Gesamtschule anmelden? War er etwa gar nicht für das Ganzttagsschulverbot verantwortlich? Wer hat das Ganze denn auf den Weg gebracht? Ich glaube, darüber werden wir uns noch intensiver austauschen müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Bernhard Recker [CDU]: Gerne!)

Die Befragung des VBE – der Hauptschulstimmungsmonitor, das Stimmungsbarometer – hat sehr deutlich gezeigt, dass selbst diejenigen, die in der Hauptschule arbeiten, Ihre Hauptschuloffensive für gescheitert erklären und der Schulform, vor allen Dingen den Kindern an diesem Lernort, keine Perspektive geben. Sie müssen sich also bewegen, daran geht kein Weg vorbei.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Ich will gleich in der zweiten Runde gern noch etwas zum Thema Weiterbildung sagen, aber ganz klar ist: Mit dieser Haltung der Landesregierung haben wir viereinhalb Jahre wertvolle Zeit verpasst, und es ist zu mehr sozialer Segregation, zu mehr sozialer Spaltung und zu weniger Durchlässigkeit im Schulsystem von Nordrhein-Westfalen gekommen. Das haben Sie zu verantworten. Die Quittung dafür werden Sie auf dem Wahlzettel bekommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel
[FDP]: Unverschämt!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Sommer das Wort. Bitte schön, Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Der gesamte Haushalt 2010 für Schule und Weiterbildung steht unter einem Begriff, und der heißt: Steigerung.

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber freue ich mich sehr. Wir haben es eben schon gehört: Die historische Wirtschaftskrise, die auch Nordrhein-Westfalen erfasst hat, hat nicht zu finanziellen Einschnitten bei Schule und Weiterbildung geführt.

(Bernhard Recker [CDU]: Sehr gut!)

Weil uns bewusst ist, dass Investitionen in Bildung auch Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in unser aller Zukunft sind, ist dieser Haushalt ein schöner Haushalt. Ich freue mich, Ihnen diesen heute vorstellen zu können.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich einige Eckpunkte des Schul- und Weiterbildungsetats für 2010 nennen: Das Gesamtvolumen – wir haben es eben schon von Herrn Recker gehört – des Landeshaushalts geht um rund 3,6 % zurück. Der Schuletat jedoch wächst um rund 4,3 %. Gegenüber 2009 steigen die Ausgaben des Einzelplans 05 um rund 580 Millionen € an.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Sie setzen sich, meine Damen und Herren, unter anderem aus 1.209 zusätzlichen Lehrerstellen zusammen. Darin sind die 250 enthalten, die wir den Schulen als Reaktion auf die Auswirkungen der Finanzkrise zur Verfügung stellen. Meine Damen und Herren, ich sprach am Anfang von dem Begriff „Steigerung“; deshalb bitte ich Sie in diesem Moment, sich eine Zahl zu merken. Diese Zahl heißt: 8.124. Wir haben seit 2005 also 8.124 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit, sehr geehrte Frau Beer, hat sich auch die Schüler-Stellen-Relation erheblich verbessert. Auf eine Lehrerstelle kommen damit im nächsten Schuljahr im Durchschnitt zwei Schüler weniger als zu Zeiten, als Rot-Grün noch die Verantwortung hatte.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Hört, hört!)

Wir erhöhen – das ist wirklich eine schöne Zahl – die Ganztagsplätze in der offenen Ganztagschule noch einmal um 20.000 auf dann 225.000 Plätze.

(Beifall von der CDU)

Für den planmäßigen Ausbau der erweiterten Ganztags Hauptschulen und Ganztagsförderschulen in der Sekundarstufe I stellen wir 209 Lehrerstellen bereit. Im Rahmen der Ganztagsoffensive für Realschulen und Gymnasien erhalten die öffentlichen Schulen und die privaten Ersatzschulen zusammengekommen 298 Stellen bzw. Stellenäquivalente.

Ein Vergleich zu 2005: Insgesamt stellen wir im Rahmen unserer Ganztagsoffensive im nächsten Schuljahr rund 291.000 neue Ganztagsplätze zur Verfügung. Das sind allein in fünf Jahren über 450 neue gebundene Ganztagschulen einschließlich des erweiterten Ganztags, die im nächsten Schuljahr zur Verfügung stehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Stichwort: Ausbau des Ganztags. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns alle darüber im Klaren, dass dies eine tiefgreifende Weiterentwicklung unseres Schulsystems darstellt. Diese Entwicklung wird für die nächsten Jahrzehnte prägend sein. Damit verbessern wir aber auch die Möglichkeiten der individuellen Förderung und sorgen wir für mehr Chancengleichheit. Nur so erhöhen wir die Zukunftschancen unserer Schülerinnen und Schüler und nicht, meine Damen und Herren, durch ideologische Strukturdebatten.

An dieser Stelle danke ich allen Lehrerinnen und Lehrern für ihre verantwortungsvolle Arbeit, die sie vor Ort leisten, jetzt und auch in Zukunft. Aber wir wollen auch künftig, dass geeignete und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer in unseren Schulen arbeiten. Im Zuge der neuen Lehrerbildung ist eine neue Maßnahme, das Eignungspraktikum, hinzugekommen. Hierfür stellen wir 230 Lehrerstellen zur Verfügung.

Für den wichtigen Ausbau der schulpсихologischen Betreuung werden wir weitere 25 Stellen schaffen. Hinzu kommen – das darf man an dieser Stelle nicht vergessen – noch 25 Stellen, die die Kommunen im sogenannten Matching-Verfahren bereitstellen. Wir werden damit also in Nordrhein-Westfalen 50 neue Stellen in der schulpсихologischen Betreuung haben.

Wir planen aber – das haben wir hier schon im parlamentarischen Bereich debattiert – für die Schulen noch eine zweite Säule, die möglicherweise im Verbund mit anderen Schulen getragen werden kann, sodass einzelne Schulen ihre eigenen Schulpсихologen und -psychologinnen haben. Über die konkrete Ausgestaltung dieses Modells führen wir zurzeit Gespräche mit Lehrkräften und Verbänden.

Von Frau Beer ist es eben schon angesprochen worden: Wir stellen für den Mehrbedarf für integra-

tive Lerngruppen in der Sekundarstufe I 25 zusätzliche Lehrerstellen bereit.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: 500 Jahre!)

– Sie sagten gerade „500 Jahre“. Ich wage nicht zu denken, wie es im Jahr 2510 mit unseren Schulen sein wird. Ich habe im Übrigen, Frau Beer, die Angaben zur Entwicklung der Inklusion in unserem Land sehr freiwillig gemacht. Man musste sie mir ja nicht aus der Nase ziehen. Ich habe es an dieser Stelle schon verdeutlicht und sage es gerne noch einmal: Dieser Prozess braucht auch Zeit. Wir können nicht den Schalter umlegen und sagen, nun sei alles umgestellt. Wir brauchen Zeit für diese Entwicklung.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir erhöhen, meine Damen und Herren, die Mittel für die Lehrerfortbildung gegenüber dem Jahr 2009 um rund 5,4 Millionen €. 2010 stehen damit rund 16 Millionen € an Sachmitteln zur Verfügung. Wir erhöhen die Reisekostenmittel für Lehrerinnen und Lehrer für die Teilnahme an mehrtägigen Klassenfahrten noch einmal um 2 Millionen €. Nachdem die Landesregierung in diesem Jahr bereits den gleichen Betrag aufgestockt hat, können sich unsere Lehrkräfte also über 6 Millionen € freuen. Das ist dreimal so viel wie im Jahr 2005.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe immer gesagt, dass eine wichtige Säule in unserem Schulsystem auch die Ersatzschulen sind. Für diese stellen wir nämlich rund 1,17 Milliarden € bereit. Das sind noch einmal rund 40 Millionen € mehr als in diesem Jahr.

Wir erhöhen die Zahl der Stellen für Lehramtsanwärter noch einmal um 571 auf dann 16.893 Ausbildungsstellen. Seit dem Jahr 2005 haben wir die Zahl damit um 3.000 erhöht. Damit, meine Damen und Herren, schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass die Stellen, die in geringen Umfang nicht besetzt worden sind, jetzt und in Zukunft besetzt werden können. Das ist eine sehr, sehr gute und vorausschauende Perspektive.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie mich bitte noch einige Anmerkungen zur Weiterbildungspolitik in unserem Land machen. Das Wichtigste vorweg: Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine leistungsstarke, eine vielfältige und eine plurale Bildungslandschaft. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind wir sehr gut aufgestellt. Es muss das Ziel für die nächsten Jahre sein, diese Position zu erhalten und sie noch auszubauen. Wir haben der Weiterbildung von Anfang an Planungssicherheit versprochen – sowohl bezüglich der Landesmittel als auch bezüglich der Gelder aus dem Europäischen Sozialfonds.

Die Haushaltszahlen des Jahres 2010 belegen: Wir haben das Versprechen gehalten. Der Haushalts-

entwurf zur Förderung für das Weiterbildungsgesetz weist für das kommende Jahr insgesamt fast 92 Millionen € für die Weiterbildung aus. Ich denke, das ist eine stolze Summe. Die Haushaltsansätze in den beiden großen Titeln der Weiterbildung werden im Jahr 2010 sogar leicht ansteigen. Die Mittel für die Volkshochschulen und für die sonstigen Einrichtungen der Weiterbildung in freier Trägerschaft werden um rund 1,95 Millionen € aufgestockt. Damit erfüllen wir die gesetzlichen Ansprüche der Einrichtungen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Carina Gödecke [SPD]: Da muss man nicht klatschen!)

Ich meine, die Weiterbildung ist im Jahr 2010 auch in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe Ihnen jetzt viele Zahlen zugemutet. Ich fasse einmal zusammen: Dieser Haushaltsentwurf ist eine Erfolgsgeschichte. Eine Erfolgsgeschichte in Sachen Bildung für dieses Land Nordrhein-Westfalen seit dem Regierungsantritt, seit wir die Verantwortung übernommen haben. Man kann es von dieser Stelle aus leicht sagen, aber ich glaube fest daran, dass die Erfolgsbilanz für die, die ich schon mehrfach angesprochen habe, nämlich für unsere Wählerinnen und Wähler messbar und spürbar ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Davon lasse ich mich auch nicht abbringen.

Einen solchen Haushaltsentwurf hat es für Bildung und Weiterbildung noch nie gegeben. Es ist ein kraftvoller Einsatz für Schülerinnen und Schüler, deren Bildung und Weiterbildung uns am Herzen liegt. Darauf sollten eigentlich alle, die wir hier versammelt sind, stolz sein, und ich meine auch: alle. Stattdessen höre ich ständiges Beklagen, ständiges Miesmachen, Schlechtreden schulpolitischer Verbesserungen. Meine Damen und Herren von der Opposition, was ist das für eine Rolle?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe Ihnen eben gesagt, ich habe sehr viel Freude an diesem Haushalt und daran, ihn Ihnen vorzustellen. Ich darf aber an diesem Tag nicht vergessen, danke zu sagen. Eben habe ich das schon auf die Lehrerinnen und Lehrer bezogen. Ich beziehe es aber gerne auch auf all die, die hier sitzen und so tatkräftig in der Vergangenheit und jetzt daran mitgearbeitet haben und es sicherlich auch in der Zukunft tun werden,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nicht die Miesmacher!)

damit der Einzelplan 05 so steht. Ganz herzlichen Dank.

Man kann nicht verstehen, sehr geehrte Frau Schäfer, dass Sie in Ihrer Rede eine Generalabrechnung versuchen. Sie gehen zeitlich weit zurück und krat-

zen Dinge zusammen, die im Prinzip lange geklärt sind und die man nicht mehr aufräumen muss, weil sie auch keiner mehr versteht. Ich habe eben die Damen und Herren auf der Tribüne beobachtet; sie reagieren nicht mit Verständnis auf Ihre Rede.

(Widerspruch von der SPD)

Da ist es mir schon lieber, Frau Beer zuzuhören. Wir haben zwei sehr unterschiedliche Denksysteme, zwei sehr unterschiedliche Kreise mit einer kleinen Schnittmenge, aber immerhin ist eine Schnittmenge da. Das ist ehrlicher, das ist offener; damit kann man umgehen.

(Beifall von der CDU)

Der Haushaltsplan könnte eine Art Berechtigung sein zu sagen: Jetzt trumpfen wir aber mal auf; jetzt hauen wir mal drauf; jetzt zeigen wir mal, was wir so alles zustande bringen. – Das tue ich nicht; ich halte davon nichts. Ich halte mehr davon, dass wir – wir haben eben ausführlich über Sport geredet – sportlich, mit Fairness reagieren. Auf einen Gegner, der so sichtbar in die Knie gegangen ist, drischt man nicht mehr ein. – Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Kaiser das Wort. – Für die Fraktion der SPD liegt mir keine Wortmeldung vor.

Klaus Kaiser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, die Opposition ist wortlos. Ich hätte doch noch eine zweite Runde erwartet. Vielleicht ist das aber auch das indirekte Eingeständnis, bei dem hier vorgelegten Haushalt, ein bisschen wortlos zu sein,

(Beifall von CDU und FDP)

weil man selber niemals etwas Gleichwertiges hatte präsentieren können.

In diesem Zusammenhang von unserer Seite aus ganz herzlichen Dank an die Schulministerin Frau Sommer für den vorgelegten Haushalt, und ganz herzlichen Dank auch an den Finanzminister, der in diesen schwierigen Zeiten eines als richtig angesehen hat: Bildung ist die beste Investition in die Zukunft. Das gibt dieser Haushalt wieder.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn bei dem letzten Haushalt vor den nächsten Wahlen Bilanz gezogen wird – Frau Beer und Frau Schäfer haben es getan; sie ist unterschiedlich ausgefallen, mache ich es vielleicht auch mal, um zu zeigen, was die Opposition eigentlich in den viereinhalb Jahren gezeigt hat.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Nur gemeckert!)

Sie haben viereinhalb Jahre darauf gesetzt, dass einzelne Reformschritte strittig sind. Sie haben diese Strittigkeit unterstrichen und versucht, Unruhe zu stiften, weil Sie glauben, dass sie Ihnen irgendwann nutzen wird. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, sie wird Ihnen sicherlich nicht nutzen. Denn nach unserer Grundüberlegung ist Schulreform nie Quick Fix, bedeutet nicht: Schalter umlegen! Ab morgen wird es anders oder – was politisch gehofft wird – besser.

Das ist vielleicht auch das, was man Frau Beer und Bündnis 90/Die Grünen mit auf den Weg geben kann: Zu glauben, man könnte hier im Plenum ein neues Schulsystem beschreiben, ohne gesellschaftliche Akzeptanzen und gesellschaftliche Strömungen wahrzunehmen, wird nicht zum Erfolg führen. Das kann ich Ihnen ganz sicher prognostizieren.

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie hier die Lehre der Einheitsschule postulieren und sagen

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

„Damit wird alles besser“, wissen die Bürgerinnen und Bürger bei uns im Lande: Das ist nicht der Fall.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] –
Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Die Bürgerinnen und Bürger bei uns im Lande wissen sehr wohl, dass es richtig ist, in Schule zu investieren und alles zu tun, damit das zentrale Anliegen von Schule, der Unterricht, besser wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Genau da setzt unsere Reformstrategie an. Wir investieren in mehr und besseren Unterricht. Das haben eben Frau Sommer und Bernhard Recker sehr deutlich gemacht. Deshalb gibt es zu unserem Weg der inneren Schulreform überhaupt keine Alternative,

(Beifall von der CDU)

weil alles andere gesellschaftlich nicht akzeptiert werden wird. Sie fragen: Was hat man in der Richtung gemacht? – 2 Milliarden € mehr zeigen deutlich, dass wir bei den richtigen Punkten ansetzen. Wir wissen alle sehr wohl – das haben sowohl Frau Sommer als auch Bernhard Recker gesagt –, dass wir im Jahr 2005 vor einer vollkommenen Neuorganisation des Schulsystems standen und die sozialen Benachteiligungen nach 39 Jahren Rot-Grün abbauen mussten. Zu der Erkenntnis, dass unser Schulsystem ungerecht ist, waren Sie in den 39 Jahren niemals gekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben gesagt: Es kann nicht sein, dass wir in Nordrhein-Westfalen das ungerechteste Schulsystem in ganz Deutschland haben. Wir müssen vehement dagegen angehen. – Als Erstes waren mehr Finanzen erforderlich. Als Zweites brauchten wir die

richtige Strategie. Die richtige Strategie ist, entsprechende Initiativen zu starten, damit Unterricht besser wird.

Sie beschimpfen hier immer die Hauptschulen. – Wir wissen heute aber, dass es Hauptschulen gibt, die es in schwierigen Umfeldern schaffen, dass 100 % ihrer Absolventinnen und Absolventen hinterher Anschluss finden – sei es im weiterführenden Schulsystem, sei es in der dualen Ausbildung. Es gibt keinen besseren Beleg dafür, dass unsere Hauptschuloffensive erfolgreich war.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie beklagen die soziale Ungerechtigkeit und erklären, die Schere gehe immer weiter auseinander. – Es gibt doch keine Alternative zu dem, was wir gemacht haben, als wir mehr in Sprachförderung und mehr in besseren Unterricht investiert haben. Deshalb 8.000 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich; deshalb Verzicht auf einen Abbau der Demografiereserve; deshalb auch Aushebeln der Einsparung von 16.000 Stellen, die die rot-grüne Regierung vorher beschlossen hatte.

Das heißt erstens: mehr Geld für Bildung.

Das heißt zweitens: mehr Qualität durch bessere Lehrerversorgung; ich habe es genannt. Bessere Lehrerversorgung beinhaltet auch mehr Referendarinnen und Referendare. Deshalb bedeutet es auch eine bessere Lehrer-Stellen-Relation.

Das heißt drittens: mehr Qualität für Eigenverantwortung. Dies ist mir persönlich ein Anliegen. Ich weiß, dass die Grünen früher angestrebt haben, zur selbstständigen Schule zu kommen. Sie waren aber nur im Modellversuch. Wir betreiben hier sicherlich eines der anspruchsvollsten Reformvorhaben; denn wir berücksichtigen, dass Schule so gut ist wie die Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden. Schließlich weiß niemand besser als die Lehrerinnen und Lehrer an einer Schule, was für die Schülerinnen und Schüler am besten ist.

(Beifall von der CDU)

Die Lehrerinnen und Lehrer wissen, welche Betriebe im Umfeld liegen und welche weiterführenden Schulen es dort gibt. Sie wissen auch, wo die Schülerinnen und Schüler ihre Potenziale haben. Deshalb ist es richtig, in Richtung Eigenverantwortung zu gehen.

Ein Beispiel: 267 Schulassistenten sind da. So etwas hat es unter Ihnen nicht gegeben. Alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, sind voll des Lobes.

Um in die Eigenverantwortung für alle Schulen zu kommen, brauchen Schulen allerdings Zeit, wie wir alle wissen. Deshalb geben wir ihnen Zeit. Wir bleiben aber dran, damit es entsprechend nach vorne geht.

Deshalb brauchen wir auch Bildungsnetzwerke, eine andere Fortbildung und mehr Ressourcen für Fortbildung, weil dann Unterricht besser wird.

Die Steigerung von 458 % im Ganzttag spricht für sich.

Ihre Anträge – mit Blick auf die Redezeit sei das der letzte Satz – zeigen eines ganz deutlich: Sie fordern immer ein Mehr vom Gleichen; nach dem Motto: Wir hätten gerne noch ein bisschen mehr in den Ganzttag gebracht, damit besser bezahlt wird. – Hätten Sie seinerzeit eine Wertsteigerungsklausel eingebaut, gäbe es dieses Problem heute nicht, Frau Schäfer. Daher fällt es auf Sie selbst zurück.

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Wir setzen darauf, dass wir dem gesellschaftlichen Erfordernis entsprechen. Weil es mehr Bedarf nach Ganzttag gibt, setzen wir dort die Priorität.

(Beifall von CDU und FDP)

Natürlich bleiben bei uns auch noch Wünsche offen. Deshalb ziehen wir richtigerweise auch nur eine Zwischenbilanz.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir wissen nämlich: Bildungspolitik kann nicht auf fünf Jahre allein angelegt sein. Unsere Reformschritte sind aber die richtigen. Sie werden in den nächsten fünf Jahren weitere Wirkung zeigen. Da bin ich ganz sicher. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Kaiser. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Frau Abgeordnete Schäfer das Wort. Bitte, Frau Kollegin.

Ute Schäfer (SPD): Danke schön, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kaiser, eines haben Sie nicht begriffen: Die Menschen in diesem Land sind natürlich sehr an bildungspolitischen Entwicklungen interessiert. Die Eltern in diesem Land sind aber an einer Sache ganz besonders interessiert: Sie wollen nämlich befragt werden, und sie wollen mitgenommen werden.

(Klaus Kaiser [CDU]: Im Gegensatz zu Ihnen wissen wir das!)

Wenn Sie heute wieder erklären: „Die Befragung von Eltern ist nichts wert; wir wissen das alles besser“, verfallen Sie in die alten politischen Rituale, anstatt zur Kenntnis zu nehmen, was in diesem Land erforderlich ist.

Wir müssen nun einmal – das merkt man am Beispiel Köln und an den Beispielen der vielen kleinen Kommunen – die Menschen im Land befragen, und zwar die Eltern der Kinder im dritten bzw. im zweiten Schuljahr, wie sie sich ein optimales Bildungs-

system vorstellen. Danach müsste die Politik ihr Handeln ausrichten – und nicht das Ganze so, wie Sie das jetzt tun, weiter am grünen Tisch betreiben.

Herr Recker, Sie haben eben aus den Stellungnahmen zweier Verbände zitiert, die Ihnen ach so wohl gesonnen sind und ach so nahestehen, nämlich des Philologen-Verbands und des VBE. Hätten Sie die Stellungnahme des VBE doch einmal zu Ende gelesen! Darin führt der VBE nämlich aus:

Eine nachhaltige Verbesserung – der Bildungsqualität – würde aus unserer Sicht nur dann erfolgen, wenn ein früheres und längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, die Schulstruktur den heutigen Anforderungen angepasst und Lehrer- und Schulleitungsstellen so attraktiv gemacht würden, dass sich genügend qualifizierter Nachwuchs für diese Stellen interessieren würde.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

So lautet die komplette Stellungnahme des VBE zu diesem Punkt. Das passt auch wunderbar zu dem Ergebnis, das wir in Köln gerade bei Elternbefragungen ermittelt haben. Das heißt: Verkaufen Sie die Menschen im Lande doch nicht für dumm.

Frau Sommer, bei den Zuschauern, die gerade auf der Besuchertribüne anwesend waren, weiß man nicht, ob sie ablehnend oder zustimmend reagieren. Als Sie geredet haben, sind sie übrigens wieder nach draußen gegangen – aber auch nur deswegen, weil deren Plan das vorsah.

(Zurufe von CDU und Ministerin Barbara Sommer)

Ich würde da auch nie etwas anderes sagen. Ich wäre mit solchen Wertungen jedenfalls sehr vorsichtig.

Wenn wir hier im Plenum immer wieder neue Superlative präsentiert bekommen, die Menschen im Land aber eine ganz andere schulpolitische und bildungspolitische Realität wahrnehmen, dann muss die Politik darauf reagieren.

Ich mache Ihnen das einmal an einem aktuellen Beispiel von heute deutlich. Es sind ja wieder Stellen, Stellen, Stellen genannt worden, und der Jubel über den Haushalt war groß. Ganz in unserer Nachbarschaft liegt das Berufskolleg in Eller. Die Eltern der dortigen Schülerinnen und Schüler erklären heute in der „Neuen Ruhr Zeitung“ in einem großen Artikel zum Beispiel Folgendes: Von den 84,7 Stellen an diesem Berufskolleg sind zurzeit neun unbesetzt.

(Bernhard Recker [CDU]: Warum denn?)

Fünf Lehrkräfte sind langfristig erkrankt. Drei Stellen hat das Ministerium jetzt freigegeben, von denen eine gleich wieder einkassiert wurde. Wöchentlich fallen an diesem Berufskolleg 225 Stunden aus. Sprachen werden gar nicht mehr unterrichtet.

Wahrscheinlich ist an dem allen auch noch die rot-grüne Politik schuld. Da brauchen wir uns jetzt einmal gar nichts vorzumachen.

(Beifall von Sören Link [SPD] – Ralf Witzel [FDP]: In der Tat sind Sie an der heutigen Lehrerknappheit schuld!)

Wenn Sie das, was der Ministerpräsident als Oppositionsführer gesagt hat – wir brauchen bessere Schulen, kleinere Klassen und Schulen, mehr Unterricht und keinen ideologischen Schulkampf –,

(Demonstrativer Beifall von der CDU)

einmal mit dem vergleichen, was Sie heute im Bildungssystem vorfinden – die großen Klassen, die ausfallenden Unterrichtsstunden und Ihre merkwürdigen Unterrichtsstatistiken –,

(Ralf Witzel [FDP]: Alles deutlich besser als unter Ihrer Verantwortung!

stellen Sie fest, dass eine Lücke zwischen der Realität und dem klafft, was Sie hier im Landtag verkünden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Eltern in Nordrhein-Westfalen merken das. Sie werden nervös. Das merken Sie bei bildungspolitischen Veranstaltungen doch selber.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ratajczak?

Ute Schäfer (SPD): Nein, danke. – Im Übrigen möchte ich noch auf einen Punkt hinweisen, der auch etwas mit Wahrheit und Klarheit zu tun hat.

Frau Sommer, im Schulausschuss konnten Sie uns nicht sagen, wie die 250 neuen Lehrer für Berufskollegs im Zusammenhang mit den Schülerzahlen zu begründen waren. Das konnten Sie nicht sagen. Am nächsten Tag hat der Finanzminister die Zahlen genannt. Warum konnten Sie diese einen Tag vorher nicht nennen? Es waren 9.000 Schüler mehr, und das würde bedeuten, dass Sie 620 Lehrerstellen einrichten müssten, um diesen Mangel zu beheben. Sie haben uns 250 verkündet, aber uns noch nicht einmal die Zahlen genannt, auf deren Basis Sie entschieden haben. Das empfinde ich wirklich als eine bewusste Täuschung. Denn der Finanzminister konnte es am nächsten Tag offensichtlich.

Ich will an diesem Beispiel nur deutlich machen, dass Sie sich in Ihrer Bildungspolitik verheddert haben. Sie können hier noch so viele schöne Zahlen präsentieren, aber auch das wird Ihnen am Ende nichts nutzen. Denn am Ende entscheiden die Eltern aufgrund der Situationen, die sie für ihre Kinder und Jugendlichen vor Ort vorfinden. Und da sieht es zurzeit nicht gut aus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäfer. – Als nächste Rednerin hat nun Frau Kollegin Pieper-von Heiden für die Fraktion der FDP das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Schäfer, was denn nun? Halten Sie etwas von Elternumfragen oder nicht? Wenn das der Fall wäre, dann müsste auch an Ihre Ohren gedrungen sein, dass selbst von den SPD-Anhängern eine große Mehrheit nicht Ihre Einheitsschule, sondern ein gegliedertes Schulsystem möchte.

(Bernhard Recker [CDU]: So ist das!)

Also, einerseits sagen Sie, dass Ihnen Elternumfragen wichtig seien und dass Eltern gehört werden müssten. Diese dann aber vollends zu ignorieren, ist doch eine komische Art und Weise.

Frau Beer, ein Haushalt besteht in allererster Linie aus Zahlen und markiert auch politische Zielrichtungen und Schwerpunkte. Er besteht nicht aus Ideologie. Sie jedoch haben von so ziemlich allem gesprochen, nur nicht vom Haushalt selbst. Da sind die Zahlen wohl zu überzeugend.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Also haben wir, wie es aussieht, mit unserem Landeshaushalt 2010 wohl wirklich alles richtig gemacht. Das möchte ich hier noch einmal feststellen.

Sie reden in erster Linie von längerem gemeinsamen Lernen, und Sie wissen es: Es gibt keinen, aber auch nicht einen einzigen wissenschaftlichen Nachweis, dass längeres gemeinsames Lernen allen Schülern nütze.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Nicht einmal die PISA-Studie, keine Studie der Welt liefert diesen Nachweis. Das gibt es nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie sollten mal nach Finnland reisen!)

Das ist eine Annahme ideologisch interessierter Kreise, dass es so sei. Dieses Ergebnis ist sozusagen herbeigebetet. Das gibt es wirklich nicht.

Wenn Sie sagen, Frau Beer, dass diese Landesregierung, dass die Fraktionen von FDP und CDU massiv gegen Gesamtschulen vorgingen, dann heißt das im Umkehrschluss, dass SPD und Grüne jahrelang massiv gegen alle Schulformen unseres gegliederten Schulwesens – außer gegen die Gesamtschule – und damit auch gegen die Grundschule vorgegangen sind.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Wer hat den Ganztagsanteil von 20 % auf 80 % erhöht? – FDP und CDU. Wer hat die Ganztagsoffensive für weiterführende Schulen, Realschulen und Gymnasien, auf den Weg gebracht? – FDP und CDU. Und wer hat zunächst einmal an den Hauptschulen den Ganztag intensiv ausgebaut? – FDP und CDU.

(Sören Link [SPD]: Das glauben Sie doch selber nicht! Gleich sagen Sie noch, Sie hätten das Ganztagskonzept erfunden! Das ist doch lächerlich!)

– Ja, Herr Link.

Wir haben den Ganztagsanteil an Hauptschulen um 150 % erhöht.

(Sören Link [SPD]: Sie können doch nicht selber glauben, was Sie da von sich geben!)

Wir hatten 20 % Ganztag in der Schulform Hauptschule mit 20-%-igem Lehrerstellenzuschlag. Heute haben wir den Anteil um 30 % erhöht, und wir haben einen Lehrerstellenzuschlag von 30 %. Das müssen Sie doch endlich begreifen.

(Beifall von der FDP)

Noch einmal zurück zu den Gesamtschulen. Wir haben Gesamtschulen nicht benachteiligt. Vielmehr haben wir versucht, die Privilegien, die bis dahin ausschließlich die Gesamtschulen genossen – 95 % Ganztag an den Gesamtschulen –, auch anderen Schulformen zuzuführen. Wir wollten den Ganztag ausbauen. Seien Sie sich ganz sicher: Wenn wir es geschafft haben, auch in den anderen Schulformen den Ganztag entsprechend auszubauen, dann können wir darüber reden, ob wir über den Anteil von 95 % hinaus auch die verbleibenden Gesamtschulen in den Ganztag führen können.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist das!)

Wir haben im Übrigen die Schulleitungspauschale angepasst. Und wenn Sie es sich angucken – der Ganztag wirkt sich natürlich auch auf den Nachmittag aus –, dann stellen Sie fest, dass die Gesamtschulen im Vergleich zu anderen Schulen immer noch mehr Schulleitungspauschale bekommen.

Sie haben von massiven Nachteilen in Bezug auf die Gesamtschulen gesprochen. – Nein, diese Landesregierung hat den Gesamtschulen sogar massiv geholfen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nicht nur da!)

Sie unterstützt. Im Zentralabitur wurde in Bezug auf Mathematik sehr deutlich, dass sie Unterstützung benötigen. Jede Gesamtschule hat 1.000 € bekommen, um ihre Lehrer fortbilden zu können, um sich zusammensetzen zu können und zu schauen, wie sie ihre Qualität verbessern können. Das hat stattgefunden, aber keine Kürzungen.

Eine besondere Unterstützung ist ihnen gerade diesbezüglich auch aus der Schulaufsicht heraus zuteil geworden.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin!

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Die ersten Ergebnisse haben wir bereits gesehen. Dann kommen Sie bitte nicht her und sagen, diese Landesregierung habe einen massiven Marsch gegen die Gesamtschulen in Gang gesetzt. Das Gegenteil ist der Fall. Uns sind alle Schulen, die wir haben, lieb. Wir reden bei keiner Schulform von dem Reiten eines toten Pferdes, Frau Beer.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat nun Frau Kollegin Beer das Wort. Bitte schön, Frau Abgeordnete Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Damen und Herren! Es ist schön, dass man sich gar nicht aufregen muss, wenn man sich Frau Pieper-von Heiden anhört. Man kann es ganz gelassen sehen. Denn die Frage der Wahrnehmung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Frage der Wahrnehmung von gelungener Praxis hinsichtlich gemeinsamen Lernens im Inland und im Ausland werden wir heute und in Zukunft nicht mehr mit Frau Pieper-von Heiden beantworten können. Deswegen sollte sie in der Bildungspolitik keine Rolle mehr spielen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Über die Fehlsteuerung von Ressourcen im Haushalt, Frau Pieper-von Heiden und liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, müssen wir in der Tat reden,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie haben Fehlwahrnehmungen!)

weil es nicht sein kann, dass die wichtigen Mittel, die wir hier im Land aufbringen, in Schulformgräben versickern.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann ändern Sie die Verhältnisse in der Gesamtschule!)

Vielmehr müssen wir die Mittel in effiziente Strukturen überführen, die gemeinsames Lernen und individuelle Förderung ermöglichen.

Herr Witzel, Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass die Gesamtschuloberstufen in diesem Land zwar wunderbar etabliert sind, Ihre Kollegin beim VBE

(Ralf Witzel [FDP]: Da sagt der Landesrechnungshof aber etwas anderes!)

aber verkündet, dass die FDP die Gesamtschuloberstufen abschaffen möchte. Das ist die Realität in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie behindern damit Jugendliche und machen ihre Bildungschancen kaputt,

(Ralf Witzel [FDP]: Es geht um Qualität!)

obwohl wir hier doch deutlich haben feststellen können, dass Kinder und Jugendliche, die zu 75 % keine Gymnasialempfehlung hatten, an Gesamtschulen erfolgreich das Abitur, das Zentralabitur ablegen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Vornotenlifting!)

Dass Sie das in Ihrem gelben Privilegienclub nicht wahrhaben wollen, sagen Sie hier noch einmal ganz deutlich. Herr Witzel, auch Ihre Zeit ist abgelaufen.

(Lachen von CDU und Ralf Witzel [FDP] – Ralf Witzel [FDP]: Gut, dass Sie das nicht zu entscheiden haben!)

Ja, die Zeit der unsozialen Politik, die durch Sie befördert wird, des Privilegienclubchens, geht zu Ende. Dafür können wir in diesem Land dann auch dankbar sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Alle Umfragen zeigen, dass Sie am Ende sind!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zu diesem Einzelplan liegen mir nicht vor. Auch ein Blick in die Runde widerlegt das nicht.

Eine Abstimmung führen wir jetzt nicht durch, denn wir sind momentan noch in der abstimmungsfreien Phase. Nach der Beratung des Einzelplans 06 kommen die Änderungsanträge zum Einzelplan 05.

Ich rufe auf:

Einzelplan 06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

Dieser Einzelplan umfasst drei Teilbereiche: „Innovation und Technologie“, „Wissenschaft“ und schließlich „Forschung“.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung und den Bericht Drucksache des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung 14/10206 und die Änderungsanträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nummern 21 bis 23 in der auf den Tischen ausgelegten Vorlage.

lich mehr, als Sie ihnen zugestehen wollten, denn Sie haben Mittel gekürzt, statt sie zu erhöhen. Das ist der Unterschied zwischen Ihrer Politik und unserer Politik. Wir halten, was wir versprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das ist doch ein Hohn!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb kommen wir zum Ende der Beratungen. – Nein, Herr Schultheis hat noch um das Wort gebeten. Bitte schön.

Karl Schultheis (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch zum Thema Ehrlichkeit: Herr Minister Pinkwart, Sie haben den Qualitätspakt angesprochen, den Sie als Zukunftspakt fortgeschrieben haben. Wenn Sie in Ihren Haushaltsplanentwurf schauen, werden Sie sehen, dass rund 200 Stellen in diesem Jahr durch diese Landesregierung abgesetzt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie wollten ja hier etwas zum Thema Ehrlichkeit sagen, dann seien Sie auch so ehrlich, dass Sie das, was die Vorgängerregierung als Qualitätspakt eingeführt hat, konsequent weitergeführt haben. Die zusätzlichen Finanzmittel, die Sie ansprechen – das können wir einmal gut bilanzieren – sind im Wesentlichen Mittel, die die Große Koalition in Berlin auf den Weg gebracht hat, von denen wir natürlich hier profitieren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ob das der Pakt für Forschung ist, ob das die Exzellenzinitiative ist.

(Zuruf von der SPD: So viel Ehrlichkeit ist auch nicht gut!)

All das ist gut und schön, ist von SPD und CDU in Berlin auf den Weg gebracht worden und wirkt sich natürlich in Nordrhein-Westfalen aus. Rechnen Sie das Mehr an Mitteln für die Hochschulen – ich habe es Ihnen eingangs schon einmal gesagt – einmal hoch, sind das im Wesentlichen die Studiengebühren, die die jungen Menschen bzw. deren Eltern bezahlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe es jetzt in Aachen zum ersten Mal erlebt, dass nicht nur die Studierenden gegen Studiengebühren auftreten, sondern auch diejenigen, die sie in der Regel zahlen, nämlich zwei Mütter, die ganz mutig und glaubwürdig dargelegt haben, was es für sie persönlich bedeutet, diese Studiengebühren aufbringen zu müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich sage Ihnen zum Schluss, weil Sie ja gerne so knackige Worte haben: Studiengebühren sind weniger netto vom Brutto, Herr Minister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Marc Jan Eumann [SPD]: Sehr gut!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Damit schließen wir jetzt die Rednerliste.

Wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen zuerst ab über die Änderungsanträge entsprechend der Übersicht Nummer 21 bis 23 und anschließend über den Einzelplan:

Wer stimmt dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10245** zu? – Die SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Keine Enthaltung.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ich habe auch zugestimmt!)

– Ja, die SPD hat zugestimmt und Herr Sagel auch. – Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10279**. Wer stimmt dem zu? – Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Wer stimmt dem **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10246** zu? – Die SPD-Fraktion und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist auch der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 06. Wer der **Beschlussempfehlung** des Ausschusses **Drucksache 14/10206** zustimmt, den möchte ich um das Handzeichen bitten. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist die **Beschlussempfehlung angenommen** und der **Einzelplan 06 verabschiedet**.

Ich rufe dann noch einmal den **Einzelplan 05** auf und komme zunächst zu den Einzelabstimmungen, die unter den Nummern 10 bis 20 in der Übersicht aufgeführt sind.

Ich lasse abstimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10240**. Wer stimmt dem zu? – Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10241**. Wer stimmt dem zu? – Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10273**. Wer stimmt dem zu? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10242**. Wer stimmt dem zu? – SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10274**. Wer stimmt dem zu? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10275**. Wer stimmt dem zu? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Die SPD. Damit ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10243**. Wer stimmt dem zu? – Die SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10244**. Wer ist dafür? – Die SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10276**. Wer stimmt dem zu? – Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10277**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP? Wer enthält sich? Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10278**. Wer ist dafür? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen nur zur Gesamtabstimmung. Wer der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10205** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 05 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 15
Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration

und hier zunächst den

Teilbereich
Generationen, Familie, Kinder und Jugend

Als erster Rednerin erteile ich Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Gleich: Herr Präsident!

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Laschet, das habe ich auch noch nicht erlebt, dass ich ganz persönlich eine Pressemitteilung bekommen habe und mir Ihre Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ganz persönlich etwas geschrieben hat: Brutto ist nicht gleich netto, und März ist nicht gleich November. – Dazu kann ich nur sagen: Ich Sie auch, Herr Minister!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber schauen wir mal genau hin! 52.508 U3-Plätze waren es laut gestriger Pressemitteilung im März 2009. Im September 2009 waren es laut Ihres Ergänzungsbandes, den Sie mit Datum vom 15. September verschickt haben, 70.000 Plätze in 2008. Laut Pressemitteilung vom 1. August waren es 86.000 Plätze in 2009. Das bedeutet, zwischen dem 1. August 2008 und dem 1. März 2009 sind uns in Nordrhein-Westfalen 18.000 Plätze verlorengegangen, und zwischen März 2009 und August 2009 sind dann 34.000 Plätze mehr geschaffen worden. Das sind Pressemitteilungen aus Absurdistan, Herr Minister.

Das wird aber durch die CDU-Fraktion noch getoppt. Denn am 10. November 2009 kommt um 14:02 Uhr die Meldung von Frau Kastner: Binnen vier Jahren haben wir die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf weit mehr als 50.000 Plätze vervierfacht. – Am 10. November 2009 um 16:49 Uhr meldet wieder Frau Kastner: Binnen vier Jahren haben wir die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf mehr als 86.000 Plätze versechsfacht.

Herr Minister, die Frage stellt sich: Können Sie vielleicht heute, am 2. Dezember 2009, sagen, wie viele Plätze wir eigentlich in Nordrhein-Westfalen haben?

(Wolfgang Jörg [SPD]: 5 Millionen sind das, wenn man es hochrechnet!)